



Jahresbericht

des Beirats für Forschungsmigration
gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung

November 2009

Jahresbericht

Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration

gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung



November 2009

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	6
1.	Einleitung	7
2.	Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten	8
3.	Beirat für Forschungsmigration	9
	3.1 Zusammensetzung	9
	3.2 Aufgaben	10
4.	Tätigkeitsbericht	11
	4.1 Muster einer Aufnahmevereinbarung	11
	4.2 Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz	11
	4.3 Empfehlungen des Beirats	12
	4.3.1 Mindestbeträge zur Sicherung des Lebensunterhalts	12
	4.3.2 Einbeziehung von Doktoranden in den § 20 AufenthG	14
	4.4 Publizierung	15
	4.4.1 Interviews	15
	4.4.2 Messen/Informationsveranstaltungen	15
	4.4.3 Weitere Maßnahmen	16
	4.5 Forschungsvorhaben „Bedarf an Forschern aus dem Ausland in Deutschland“	17
	4.6 Schweigefristverfahren bei Visumerteilung	18
	4.7 Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern	19
5.	Fazit	20

Anhang: Tabellen	21
I. Anerkannte Forschungseinrichtungen und Feststellungen des besonderen öffentl. Interesses oder der überwiegenden Finanzierung aus öffentl. Mitteln vom 01.12.2007 - 31.10.2009	21
II. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Bundesland und Ersteinreise	22
III. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise (Teil 1)	23
III. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise (Teil 2)	24
 Abkürzungsverzeichnis	 25
 Anlagen	 26
Anlage 1: Organisationsplan des Bundesamtes	26
Anlage 2: Empfehlungen des Beirats	27
Anlage 3: Interview Prof. Hailbrunner	30
Anlage 4: Interview Prof. Domdey	33
Anlage 5: Interview Dr. von Loeffelholz	34
Anlage 6: Pressemitteilung	36
Anlage 7: FAQ-Liste	37

Vorwort



Gemäß § 75 Nr. 10 AufenthG wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) die Aufgabe der Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach § 20 AufenthG übertragen. Hierbei wird es durch einen Beirat für Forschungsmigration unterstützt. Der Beirat hat dem Präsidenten des Bundesamtes mindestens einmal im Kalenderjahr über die Erfüllung seiner Aufgaben zu berichten (§ 38d Abs. 3 AufenthV). Der erste Jahresbericht für den Zeitraum von der konstituierenden Sitzung am 23.10.2007 bis zum 30.11.2008 wurde am 16.12.2008 vom Beiratsvorsitzenden, Herrn Prof. Gröske, dem Präsidenten des Bundesamtes, Herrn Dr. Schmid, überreicht und anschließend im Internet unter www.bamf.de/forschungsaufenthalte veröffentlicht.

Hiermit wird der Bericht für den Zeitraum vom 01.12.2008 bis zum 30.11.2009 vorgelegt.

1 Einleitung

Der Europäische Rat von Lissabon vom März 2000 hat die Bedeutung des europäischen Forschungsraums anerkannt und der Gemeinschaft das Ziel gesetzt, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Die Ausgaben der EU-Mitgliedstaaten für Forschung und Entwicklung sollten bis 2010 auf jeweils nahezu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden, wodurch die Gemeinschaft im Jahr 2010 schätzungsweise einen Bedarf von ca. 700.000 Forschern haben soll. Zur Verwirklichung dieses Ziels gehört u.a., die Gemeinschaft stärker für Drittstaatsangehörige zu öffnen, die zu Forschungszwecken zugelassen werden.

Auf dem Bildungsgipfel in Dresden im Oktober 2008 haben sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder auf das Ziel verständigt, „dass in Deutschland der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahr 2015 gesteigert wird.“ Für den Bildungsbereich liegt die Zielmarke bei sieben Prozent, für den Forschungsbereich bei drei Prozent. Keine Vereinbarungen gibt es hingegen, in welchem Maße jeweils der Bund, die Länder und die Gemeinden finanziell zu dieser Steigerung beitragen sollen. Eine Strategiegruppe sollte ursprünglich bis zur Jahreskonferenz der Regierungschefs vom 28. bis 30.10.2009 Vorschläge zur gemeinsamen Finanzierung erarbeiten; dieser Auftrag wurde nun bis Dezember 2010 verlängert.

Der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP lag in Deutschland 2007 bei 2,54 Prozent. Fast 70 Prozent der Ausgaben wurden in Unternehmen getätigt, die übrigen rund 30 Prozent in außeruniversitären Forschungseinrichtungen (im Staatssektor sowie in privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) und Hochschulen. Bei einer Steigerung des BIP auf drei Prozent im Jahr 2015 soll allein dadurch nach bisherigen Schätzungen von einem Mehrbedarf von rund 7.300 Forschern aus Drittstaaten auszugehen sein.

2 Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten



Die Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12.10.2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung („Forscherrichtlinie“) zielt darauf ab, das Verfahren zur Zulassung von Drittstaatsforschern in der Europäischen Union nach einem besonderen, dreistufigen Verfahren zu regeln und den in diesem Verfahren zugelassenen Forschern bestimmte Rechte hinsichtlich des Aufenthalts, der Erteilung von Unterricht an Hochschulen, der Gleichbehandlung bei der Diplomanerkennung, der Arbeitsbedingungen, der sozialen Sicherheit, der Besteuerung und der Mobilität innerhalb der EU für dasselbe oder andere Vorhaben einzuräumen.

Die Forscherrichtlinie wurde in Deutschland durch das am 28.08.2007 in Kraft getretene Gesetz zur Umsetzung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union („Richtlinienumsetzungsgesetz“) in nationales Recht umgesetzt. Darin enthalten sind die Regelungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für „Forscher“ (§ 20 AufenthG) mit der entsprechenden Umsetzung der Mobilitätsregeln und der Regelung des Anerkennungsverfahrens für Forschungseinrichtungen (§§ 38a-f AufenthV).

Das dreistufige Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten in der Bundesrepublik Deutschland ist wie folgt aufgebaut:

1. Das Bundesamt führt das Anerkennungsverfahren für öffentliche und private Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen durch (§ 75 Nr. 10 AufenthG i.V.m. § 38a AufenthV).
2. Durch die Anerkennung des Bundesamtes ist die Forschungseinrichtung befugt, Aufnahmevereinbarungen mit ausländischen Forschern abzuschließen (§ 38f AufenthV).
3. Auf der Grundlage der wirksam abgeschlossenen Aufnahmevereinbarung erteilt die zuständige Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung dem Forscher einen Aufenthaltstitel (in Form einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG bzw. eines Einreisevisums zu Forschungszwecken).

3 Beirat für Forschungsmigration

Beim Bundesamt ist ein Beirat für Forschungsmigration gebildet worden, der es bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß § 75 Nr. 10 AufenthG i.V.m. § 38d Abs. 1 AufenthV unterstützt.

3.1 Zusammensetzung

Der Beirat hat gem. § 38d Abs. 5 AufenthV neun Mitglieder. Sie sind ehrenamtlich tätig und werden für die Dauer von drei Jahren durch den Präsidenten des Bundesamtes berufen. Neben dem Beiratsvorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, Rektor der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, sind folgende weitere Mitglieder im Beirat tätig:

■ **Auf Vorschlag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:**

Herr Ministerialrat Dirk Schüller, Leiter des Referats „Hochschulrecht, Hochschulforschung“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Nach Niederlegung seines Amtes wurde Frau Regierungsdirektorin Annette Steenken, Leiterin des Referats „Hochschulrecht, Hochschulforschung“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung, im September 2009 als neues Beiratsmitglied berufen.

■ **Auf Vorschlag des Bundesrates:**

Herr Prof. Dr. Kay Hailbronner, Leiter des Forschungszentrums für Internationales und Europäisches Ausländer- und Asylrecht an der Universität Konstanz. Prof. Hailbronner wurde zum stellvertretenden Beiratsvorsitzenden gewählt.

■ **Auf Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz:**

Herr Dr. Gerhard Duda, Leiter des Referats „Europäische Forschungsangelegenheiten, Zusammenarbeit mit der European University Association (EUA)“ im Sekretariat der Hochschulrektorenkonferenz.

■ **Auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft e.V.:**

Frau Prof. Dr. Christine Windbichler, Lehrstuhlinhaberin für Handels- und Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht und Rechtsvergleichung an der Humboldt-Universität Berlin.

■ **Auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes:**

Frau Heidrun Tempel, Vortragende Legationsrätin I im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragte für den Dialog zwischen den Kulturen.

■ **Auf Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:**

Herr Dr. Heinrich Höfer, Bereichsleiter Wirtschaft, Technologie und Infrastruktur beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

■ **Auf Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:**

Frau Dr. Rita Weber, Referentin in der Abteilung Forschung, Technologie und Wissenschaft der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

■ **Auf Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags:**

Herr Prof. Dr. Horst Domdey, Vorstand der BioMAG und Mitglied des DIHK-Ausschusses für Industrie und Forschung.

Die Geschäftsstelle des Beirats (§ 38a Abs. 1 S. 2 AufenthV) wurde im Bundesamt im Referat 22FIII (vormals 225) eingerichtet. Im Organisationsplan des Bundesamtes wird der Beirat für Forschungsmigration, neben anderen externen Beratergremien, besonders hervorgehoben (s. Anlage 1).

3.2 Aufgaben

Gemäß § 38d Abs. 2 AufenthV hat der Beirat für Forschungsmigration insbesondere folgende Aufgaben:

- Empfehlungen für allgemeine Richtlinien zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen abzugeben,
- das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge allgemein und bei der Prüfung einzelner Anträge zu Fragen der Forschung zu beraten,
- festzustellen, ob ein Bedarf an ausländischen Forschern durch die Anwendung des in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV („Anerkennung von Forschungseinrichtungen und Abschluss von Aufnahmevereinbarungen“) geregelten Verfahrens angemessen gedeckt wird,
- im Zusammenhang mit dem in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahren etwaige Fehlentwicklungen aufzuzeigen und dabei auch Missbrauchsphänomene oder verwaltungstechnische und sonstige mit Migrationsfragen zusammenhängende Hindernisse bei der Anwerbung von ausländischen Forschern darzustellen.

4 Tätigkeitsbericht

Im Berichtszeitraum fand die vierte Sitzung des Beirats am 11.02.2009 im Bundesamt statt. Darin stellte der Vorsitzende den Turnus künftiger Beiratssitzungen zur Diskussion und begründete dies damit, dass die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Forschungseinrichtung bislang hinter den Erwartungen zurück bleibe und die vorgesehene Beratungstätigkeit des Beirats in strittigen Fällen der Anerkennung bislang nicht anfalle. Der Beirat beschloss daraufhin, die fünfte Sitzung nicht wie vorgesehen am 30.06.2009 abzuhalten, sondern am 05.10.2009. Damit fallen zwei Beiratssitzungen in den Berichtszeitraum, deren wichtigste Tagesordnungspunkte nachfolgend dargestellt sind.

4.1 Muster einer Aufnahmevereinbarung

Die Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens zwischen einem Forscher und einer durch das Bundesamt anerkannten Forschungseinrichtung ist nicht an ein Formblatt gebunden; in § 38f AufenthV sind lediglich Inhalt und Voraussetzungen für den wirksamen Abschluss einer Aufnahmevereinbarung festgelegt. Dazu wurde auf der Internetseite des Bundesamtes (www.bamf.de/forschungsaufenthalte) ein Muster einer Aufnahmevereinbarung in deutscher und englischer Sprache bereitgestellt. Der Beirat veranlasste die Modifizierung dieses Muster-Formblatts, wobei u.a. ein zusätzliches Feld für weitere (monatliche) Einkünfte des Forschers eingefügt wurde, da auch Vollstipendiaten und Forscher mit ausreichendem eigenen Vermögen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG erhalten können.

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit und der Vereinfachung wurden zudem die bisher getrennt in Deutsch und Englisch zur Verfügung stehenden Muster-Aufnahmevereinbarungen zu einem deutsch-englischen Formular zusammengefasst und auf der Website des Bundesamtes zum Download zur Verfügung gestellt.

4.2 Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung durch das Arbeitsmigrationssteuergesetz

Gemäß § 20 Abs. 6 AufenthG berechnete (bis 31.12.2008) eine Aufenthaltserlaubnis nach den Absätzen 1 und 5 Satz 2 zur Ausübung der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre. Der Beirat sah die Koppelung an ein konkretes Forschungsvorhaben und den eventuellen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG durch die Änderung von Projekthinhalten oder der Zielrichtung eines Forschungsprojekts als problematisch an, da seiner Meinung nach der Verlauf und der Erfolg eines Forschungsvorhabens nicht sicher vorhersehbar sind.

Das ehemalige Beiratsmitglied Schüller (BMBF) brachte in einer Ressortbesprechung zum Entwurf des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes einen entsprechenden Änderungsvorschlag zum § 20 AufenthG ein.

Mit dem am 01.01.2009 in Kraft getretenen Gesetz zur arbeitsmarktagäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen (AMSG) wurde das „Aktionsprogramm der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ vom 16.07.2008 umgesetzt. Neben wesentlichen Punkten des Maßnahmenpakets Aktionsprogramm, wie beispielsweise die Senkung der Einkommensgrenze für Hochqualifizierte auf 64.800 € in 2009 oder die Öffnung des Arbeitsmarktes für Akademiker/innen aus Drittstaaten (mit Vorrangprüfung) sowie für deren Familienangehörige, wurde durch Artikel 1 des AMSG auch der Wortlaut des § 20 Abs. 6 AufenthG geändert. Neu aufgenommen wurde der Satz: „Änderungen des Forschungsvorhabens während des Aufenthalts führen nicht zum Wegfall dieser Berechtigung.“

Die Berücksichtigung des Änderungsvorschlags des früheren Beiratsmitglieds Schüller zum § 20 AufenthG führte also zu einer definitiven Lösung des Problems der Auslegung des Begriffs „Forschungsvorhaben“.

4.3 Empfehlungen des Beirats

Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 38d Abs. 2 AufenthV gab der Beirat gegenüber dem BMI im Januar 2009 Empfehlungen zu den Mindestbeträgen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 2 Abs. 3 S. 6 AufenthG und zur Einbeziehung von Doktoranden, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, in den § 20 AufenthG ab (s. Anlage 2).

4.3.1 Mindestbeträge zur Sicherung des Lebensunterhalts

Der Lebensunterhalt eines Ausländers ist gesichert, wenn er ihn einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestreiten kann (§ 2 Abs. 3 S. 1 AufenthG). Dabei bleiben das Kindergeld, der Kinderzuschlag und das Erziehungs- oder Elterngeld sowie öffentliche Mittel außer Betracht, die auf Beitragsleistungen beruhen oder die gewährt werden, um den Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen (§ 2 Abs. 3 S. 2 AufenthG). Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG gilt gem. § 2 Abs. 3 S. 6 AufenthG ein Betrag in Höhe von zwei Dritteln der Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV als ausreichend zur Deckung der Kosten der Lebenshaltung. Das Bundesministerium des Innern gibt diese (Netto-)Mindestbeträge für jedes Kalenderjahr jeweils bis zum 31.12. des Vorjahres im Bundesanzeiger bekannt. Sie belaufen sich im Jahr 2009 auf monatlich 1.680 € in den alten und 1.423,33 € in den neuen Bundesländern.

Neben dem in der Aufnahmevereinbarung genannten Gehalt sind weitere laufende Einkünfte, wie z.B. zugesagte Stipendien, den zur Verfügung stehenden Mitteln zuzurechnen.

Der Beirat sieht diese Mindestbeträge zur Lebensunterhaltssicherung als Hürde für die Anwerbung ausländischer Forscher an, da viele Forscher in Forschungsprojekten teilzeitbeschäftigt sind, wodurch die Mindestbeträge häufig unterschritten werden; de facto verfügen nur vollzeitangestellte Forscher über den geforderten Mindestbetrag.

Der Beirat empfahl daher, größere Spielräume bei der Auslegung des Begriffs „Sicherung des Lebensunterhalts“ zu ermöglichen, um den unterschiedlichen Interessenlagen, insbesondere jüngerer Forscher, die in Teilzeitbeschäftigungen angestellt werden sollen, in flexibler Weise Rechnung tragen zu können.

In die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz wurde in Punkt 2.3.7 eine entsprechende Formulierung aufgenommen:

„Als Mindestbetrag für die Lebensunterhaltssicherung für Forscher nach § 20 gilt nach § 2 Abs. 3 S. 6 ein Betrag in Höhe von zwei Dritteln der Bezugsgröße i.S.d. § 18 SGB IV. [...] Wird der Mindestbetrag, z. B. wegen Teilzeitbeschäftigung oder wegen anfänglicher tarifmäßig niedriger Einstufung, nicht erreicht, ist im Wege einer individuellen Prüfung festzustellen, ob der Lebensunterhalt nach § 2 Abs. 3 S. 1 bis 4 AufenthG gesichert ist (AVwV Nr. 2.3.4)“.

Bei Nichterreichen des Mindestbetrages ist nunmehr nach Nr. 2.3.4 der Verwaltungsvorschrift im Rahmen der individuellen Prüfung darauf abzustellen, ob der Ausländer im konkreten Einzelfall Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II oder auf Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII hat. Bei der Bedarfsermittlung sind neben den Regelsätzen auch Miet- und Nebenkosten und Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie alle weiteren in § 11 Abs. 2 SGB II aufgeführten Beträge, z.B. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, zu berücksichtigen. Verbleibt nach dieser fiktiven Berechnung ein Anspruch auf öffentliche Leistungen, ist der Lebensunterhalt nicht gesichert.

Dem Beirat gelang es somit, die von ihm als Hürde für die Anwerbung ausländischer Forscher angesehene Mindestbetragsregelung zu seiner vollen Zufriedenheit zu regeln. Es werden nun größere Spielräume bei der Auslegung des Begriffs „Sicherung des Lebensunterhalts“ ermöglicht, wie der Beirat es in seiner Empfehlung gefordert hat. Auf seine Anregung hin wurde die entsprechende Formulierung in die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz aufgenommen, die am 31.10.2009 in Kraft getreten ist.

Nach den Erfahrungen des Beiratsvorsitzenden haben Forschungseinrichtungen häufig Probleme bei der Feststellung der Nettoeinkünfte, die zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Dazu wurde in der fünften Beiratssitzung festgestellt, dass die Forschungseinrichtungen zwar eine Vorabprüfung anhand der Angaben in der Aufnahmevereinbarung vorzunehmen haben, dass letztlich aber der Ausländerbehörde die abschließende Prüfung obliegt.

4.3.2 Einbeziehung von Doktoranden in den § 20 AufenthG

Gemäß § 20 Abs. 7 Nr. 4 AufenthG sind Ausländer, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums ist, von der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Forscher ausgeschlossen. Der Beirat betont, dass Promotionsvorhaben an inländischen Hochschulen nicht als Studium, d.h. im Rahmen von geregelten Studiengängen mit dem Abschluss der Promotion, sondern außerhalb von Studiengängen als wissenschaftliche Tätigkeit durchgeführt werden. Nach Überzeugung des Beirats gehören Forscher, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, zum Kreis der Nachwuchswissenschaftler, die umworben und wegen der damit für sie verbundenen Vorteile in den § 20 AufenthG einbezogen werden sollten.

Der Beirat gab deshalb im Januar 2009 gegenüber dem BMI die Empfehlung ab, „die normativen Vorgaben dahin zu ändern, dass Forschern, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie in § 20 AufenthG vorgesehen sind, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann.“

Das BMI verwies zunächst darauf, dass § 20 AufenthG dadurch, dass der Aufenthaltstitel mit dem in der Richtlinie vorgesehenen Vermerk „Forscher“ versehen wird, nur die Personenkreise erfassen dürfe, die nach der Richtlinie vorgesehen sind und keine darüber hinausgehende nationale Erweiterung möglich sei. Drittstaatsangehörige, die als Studenten im Sinne der Studentenrichtlinie um Aufenthalt in einem Mitgliedstaat ersuchen, um Forschungstätigkeiten zur Erlangung eines Doktorgrades durchzuführen, seien von der Anwendung der Forscherrichtlinie ausgeschlossen. Maßgeblich sei damit die Definition des „Studenten“ nach der Studentenrichtlinie. Diese definiere den „Studenten“ als Drittstaatsangehörigen, der von einer höheren Bildungseinrichtung angenommen wurde, um als Haupttätigkeit ein Vollzeitstudienprogramm zu absolvieren, das zu einem höheren Abschluss (z.B. Doktorgrad) führt. Somit fielen Promovierende, die ihre Promotion im Rahmen eines Vollzeitstudienprogramms absolvieren, in den Anwendungsbereich des § 16 und nicht in den des § 20 AufenthG.

In der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz sind die Ausschlussgründe des § 20 Abs. 7 dann wie folgt definiert:
 „Keine Anwendung findet § 20 auf Ausländer mit Asylbewerber-, Flüchtlings- bzw. Duldungsstatus, Ausländer, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums als Vollzeitstudienprogramm ist, und Ausländer, die von einer Forschungseinrichtung in einem anderen EU-Mitgliedstaat als Arbeitnehmer entsandt werden. Personen, die ihre Promotions- oder Habilitationsleistung im Rahmen einer Forschungstätigkeit erbringen, für die mit einer Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wurde, fallen hingegen in den Anwendungsbereich der Forscherrichtlinie und können eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 erhalten.“

Der Beirat, der die Nicht-Einbeziehung von Doktoranden in den Anwendungsbereich des § 20 AufenthG seit der konstituierenden Sitzung im Oktober 2007 thematisierte, wertet diese Entwicklung als großen Erfolg, da der von ihm abgegebene Empfehlung Rechnung getragen wurde.

4.4 Publizierung

Nachfolgend werden einige Initiativen zur Publizierung des Anerkennungsverfahrens für Forschungseinrichtungen vorgestellt.

4.4.1 Interviews

In der Zeitschrift der Universität Konstanz „uni’kon“ (Ausgabe 32/08) erschien ein Interview mit dem stellvertretenden Beiratsvorsitzenden Prof. Hailbronner zur Forscherrichtlinie. Er erläuterte u.a. Ziel und Zweck der Richtlinie, das dreistufige Zulassungsverfahren sowie die Bedeutung des Beirats (s. Anlage 3).

Auf Initiative des Beiratsmitglieds Prof. Domdey konnte in der Januar-Ausgabe 2009 des IHK-Magazins für München und Oberbayern ein Artikel über das neue Zulassungsverfahren erscheinen. Darin ermuntert Prof. Domdey den forschenden Mittelstand: „Es handelt sich hier um einen relativ einfachen Verwaltungsakt, mit dem sehr viele der ansonsten notwendigen und mühsamen Bürokratieschritte umgangen werden können. Vor allem gelingt es so, den ausländischen Forscher der Wahl auch in einem Unternehmen ohne größere zeitliche Verzögerungen einstellen zu können“ (s. Anlage 4).

Auch der Leiter des Referats 22FIII, Herr Dr. von Loeffelholz, informierte in einem Interview mit der Osteuroparedaktion des Auslandsrundfunksenders „Deutsche Welle“ über das neue Zulassungsverfahren, woraufhin ein russischsprachiger Artikel im Internet veröffentlicht wurde (s. Anlage 5).

4.4.2 Messen/Informationsveranstaltungen

Bei den im Januar 2009 stattgefundenen Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht wurde von Referatsleiter 22FIII, Herrn Dr. von Loeffelholz, ein Vortrag zum Thema „Zuwanderung und Arbeitsmarkt“ mit Schwerpunkt „Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie“ gehalten.

An folgenden Veranstaltungen nahm jeweils ein Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin des Fachreferats 22FIII teil und informierte über das Zulassungsverfahren nach § 20 AufenthG:

- 10. Workshop für „Forscherberater“ beim Deutschen Mobilitätszentrum der Alexander-von-Humboldt-Stiftung in Bonn; auch für den 11. Workshop ist die Teilnahme eines Bundesamtsmitarbeiters geplant.
- Drei Informationsveranstaltungen an den Universitäten Bayreuth und Erlangen-Nürnberg.
- Job-Messe „akademika“, eine Ausstellung von Spitzenunternehmen u.a. aus den Bereichen Automobilbau, Chemie, Pharma und Maschinenbau.
- Informationsveranstaltungen bei den Welcome Centern der Ausländerbehörde Hamburg und der Universität Greifswald.

4.4.3 Weitere Maßnahmen

- Das Merkblatt „Neueste Entwicklungen im Rahmen der Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie und der Durchführung des Anerkennungsverfahrens“ wurde an alle anerkannten Forschungseinrichtungen, die in der Lobbyliste des Bundestages aufgeführt sind, und an die auf dem 10. Workshop für „Forscherberater“ vertretenen Forschungseinrichtungen versandt.
- Die Pressemitteilung des Bundesamtes vom 05.05.2009: „Deutschland bietet ausländischen Forschern ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren“ informierte über die Umsetzung der Forscherrichtlinie und wurde vom Deutschlandradio und der dpa aufgegriffen und weiterverbreitet (s. Anlage 6).
- Flyer „Forschungsaufenthalte in Deutschland“ wurden bei einer durch das BMBF organisierten Fachtagung „Mobilität zu Lernzwecken in der EU“ am 16.09.2009 am Gustav-Stresemann-Institut in Bonn zum Thema „Grünbuch der Europäischen Kommission - Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ ausgelegt.
- Es wurden lfd. Beiträge zur Forscherrichtlinie im Internetportal „migrationsrecht.net“ eingestellt, u.a. die Pressemitteilung des Bundesamtes zum neuen Zulassungsverfahren sowie das Merkblatt „Aktuelle Entwicklungen im Rahmen der Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie“.
- Seit Beginn des Verfahrens zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen wurden zahlreiche telefonische und schriftliche Anfragen von Forschungseinrichtungen, Ausländerbehörden, Auslandsvertretungen, Forschern u.a. an das Bundesamt gestellt. Es handelt sich dabei um Fragen zum Anerkennungsverfahren, zur Einreise und zum Aufenthalt von Forschern sowie zu Regelungen in Verfahrensfragen.

Die häufigsten Fragen bezogen sich auf:

- Visaverfahren für Forscher und deren Ehegatten
- Familiennachzug
- Erbringung von Sprachnachweisen
- Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern
- Mindestbeträge zur Lebensunterhaltssicherung

Die am häufigsten gestellten Fragen mit den entsprechenden Antworten wurden, nach Abstimmung mit dem Beirat und dem BMI, als „FAQ-Liste“ auf der BAMF-Website veröffentlicht (s. Anlage 7).

Der Beirat empfahl im Rahmen seiner fünften Sitzung am 05.10.2009, zur Steigerung der Breitenwirkung Vorträge im universitären Bereich, z.B. bei vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) organisierten Tagungen der Leiterinnen und Leiter der Akademischen Auslandsämter, die unmittelbar für die Umsetzung der einschlägigen Rege-

lungen zuständig seien, durchzuführen. Bei der Tagung des DAAD am 12./13.11.2009 erhielt der Referatsleiter 22FIII des Bundesamtes Gelegenheit, vor ca. 200 Teilnehmern über das Zulassungsverfahren für Forscher zu berichten und die Vorteile gegenüber der alternativen Regelung nach § 18 AufenthG i.V.m. § 5 BeschV herauszustellen.

Der Beirat unterstützt eine erneute Informationskampagne zum § 20 AufenthG, die unter Berücksichtigung der neuen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum AufenthG bei Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen durchgeführt werden soll. Gerade in Bezug auf deutsche Auslandsvertretungen in Ländern, aus denen häufiger Forscher kommen, hält es der Beirat für nützlich, nochmals gezielt über § 20 AufenthG zu informieren.

4.5 Forschungsvorhaben

„Bedarf an Forschern aus dem Ausland in Deutschland“

Über die Aufgabe des Beirats gem. § 38 d Abs. 2 AufenthV, festzustellen, ob ein Bedarf an ausländischen Forschern durch die Anwendung des in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahrens angemessen gedeckt wird, wurde auch während der vierten Beiratssitzung am 11.02.2009 beraten. Der Präsident des Bundesamtes hob dabei die Bedeutung dieser Aufgabe und die Schwierigkeit, die passenden Antworten zu finden, hervor. Speziell zur Frage des Bedarfs an ausländischen Forschern böte es sich an, ein Forschungsvorhaben durch das Bundesamt durchzuführen. Daraufhin wurde durch das Fachreferat 22FIII der Projektvorschlag „Bedarf an Forschern aus dem Ausland in Deutschland“ in die Forschungsagenda des Bundesamtes 2010/2011 eingebracht. Der spezifische Arbeitsmarkt für Forscher ist für das Bundesamt von besonderem Interesse, da es in der neu gegründeten Allianz zur Beratung der Bundesregierung in Fragen des Arbeitskräftebedarfs („Arbeitskräfteallianz“) in Bezug auf die Migration und Integration von ausländischen bzw. von aus dem Ausland stammenden deutschen Fachkräften beratend tätig ist. Diese im Aktionsprogramm der Bundesregierung „Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ vorgesehene Arbeitskräfteallianz hat den Auftrag, umfassende Informationen zum Angebot und zur Nachfrage nach qualifizierten Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammenzutragen.

In der Projektbeschreibung wurde der Anknüpfungspunkt an die einschlägige Aufgabe des Beirats hervorgehoben.

Auch in der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesamt am 03.07.2009 wurde das Projekt vorgestellt. In der Beratung wurde betont, dass unzweifelhaft ein Bedarf an ausländischen Forschern bestehe; die Frage sei jedoch, welche Hürden einem Aufenthalt in Deutschland entgegen stünden.

Die Projektbeschreibung sieht vor, zunächst eine Skizzierung des theoretischen und empirischen Rahmens vorzunehmen. Ziel ist dabei eine Bestandsaufnahme der beiden Seiten des Forschungsmarktes auf der Angebots- wie der Nachfrageseite in kurz-, mittel- und längerfristiger Hinsicht, wobei auch die demografische Entwicklung und der sektorale Strukturwandel in der Bundesrepublik zu berücksichtigen sein werden. Dabei sind um-

fassend die verfügbaren Quellen, Berichte, Analysen und dgl. auszuwerten, bevor ggf. mit eigenen Forschungen tiefer gehende Analysen der beiden Seiten des relevanten Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung von regionalen, sektoralen und berufsspezifischen Differenzierungen vorgenommen werden.

Mit Blick auf die zunehmende Konkurrenz unter den OECD-Ländern um Hochqualifizierte interessieren die Ansätze, Erfahrungen und Perspektiven der industrialisierten Länder im internationalen Vergleich. Dabei gilt es, auch die zunehmende Abwanderung von Forschern aus Deutschland mit in den Blick zu nehmen. Allerdings dürfen die Möglichkeiten und Grenzen von mittel- und längerfristigen Arbeitsmarktprognozen, die mit zunehmendem Zeithorizont immer unsicherer werden, nicht aus dem Blickfeld geraten. Die Bedeutung des technischen Fortschritts, der Globalisierung und des sektoralen Strukturwandels der Wirtschaft als den wichtigsten Determinanten der zukünftigen Nachfrage der Wissenschaft wie der Unternehmen auch nach Forschern soll dabei besonders herausgearbeitet werden.

Dazu gab der Beirat in der fünften Sitzung zu bedenken, dass bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt werden muss, dass viele Forscher nur teilzeitbeschäftigt sind und sich teilweise auch nur für wenige Monate in Deutschland aufhalten. Er misst einer Differenzierung der Bedarfsermittlung nach Regionen große Bedeutung bei und geht davon aus, dass bei der Bedarfsberechnung mehrere Szenarien künftiger Entwicklungen zugrunde gelegt werden.

4.6 Schweigefristverfahren bei Visumerteilung

Vom Beirat thematisiert wurde das sogenannte Schweigefristverfahren bei der Visumerteilung, das als Hindernis im Zulassungsverfahren betrachtet wird. Bei diesem Verfahren gilt die Zustimmung der Ausländerbehörde zur Erteilung eines Visums als gegeben, wenn diese nicht binnen einer bestimmten Frist widerspricht. Im Rahmen der Visumerteilung zu einem Aufenthalt nach § 20 AufenthG ist gem. § 31 Abs. 3 AufenthV für die Zustimmung der Ausländerbehörde das Schweigefristverfahren mit einer Frist von drei Wochen und zwei Werktagen anzuwenden, wenn das Visum nicht zustimmungsfrei ist. Die Zustimmungsfreiheit nach § 34 AufenthV gilt jedoch nur für einen bestimmten Personenkreis, dessen Aufenthalt aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Wünschenswert wäre es, wenn zur Vereinfachung und Beschleunigung des Visaverfahrens für den Aufenthalt nach § 20 AufenthG grundsätzlich § 34 AufenthV, d.h. Zustimmungsfreiheit, Anwendung finden könnte, indem dieser entsprechend ergänzt wird. Dafür spricht beispielsweise, dass die betreffenden Forschungseinrichtungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Anerkennungsverfahren durchlaufen haben, um Aufnahmevereinbarungen mit ausländischen Forschern abschließen zu dürfen. Das BMI hat in der Beiratssitzung am 05.10.2009 seine Unterstützung des Vorstoßes signalisiert.

4.7 Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern

Die Umsetzung des „Aktionsprogramms der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ vom 16.07.2008 ist nicht nur durch das AMSG erfolgt, sondern ebenso durch die Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerfV) und der Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArGV) sowie durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung (BeschV). Die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Regelungen sind am 01.01.2009 in Kraft getreten.

Durch die Neufassung des § 8 BeschVerfV wird der bisher uneingeschränkte Arbeitsmarktzugang für die Ehegatten von Forschern eingeschränkt. Die Bundesagentur für Arbeit hat nun zu überprüfen, ob der Ehegatte des Forschers nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird und erteilt erst dann ihre Zustimmung. Eine Vorrangprüfung findet nicht statt, d.h. es wird nicht geprüft, ob andere Arbeitnehmer einen bevorrechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Durch die Änderung der BeschVerfV erfolgt eine Gleichstellung mit den Ehegatten von Akademikern und Fachkräften. Für die Neuregelung haben, nach Meinung des BMI, Gleichbehandlungsgründe gesprochen, da es nicht plausibel sei, Ehegatten von Forschern anders zu behandeln als die von Akademikern und Fachkräften, beispielsweise von Managern.

Der Arbeitsmarktzugang des Ehegatten des Forschers ist somit nicht mehr zustimmungsfrei, was zuvor als ein Hauptargument für die Beantragung der Anerkennung der Forschungseinrichtungen durch das Bundesamt und einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG durch den Forscher angesehen worden ist. Diese neue Regelung stellt für Familienangehörige von Forschern eindeutig eine Verschlechterung dar.

Der Beirat bedauert, dass ihm im Vorfeld dieser neuen Regelung keine Gelegenheit zur Stellungnahme geboten worden ist. Er ist der Meinung, dass möglichst zur alten Regelung zurückgekehrt werden soll und erwägt, hierzu eine Empfehlung abzugeben.

5 Fazit



Der Beirat stellt fest, dass trotz aller Initiativen der Eingang der Anträge auf Anerkennung als Forschungseinrichtung zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach wie vor sehr gering ist. Er geht davon aus, dass dies immer noch auf mangelnde Informationen der Forschungseinrichtungen und der Ausländerbehörden über das Zulassungsverfahren für Forscher aus Drittstaaten zurückzuführen ist. Sofern trotz weiterer Publizierungsmaßnahmen keine Antragssteigerung eintritt, muss angenommen werden, dass am Aufenthaltstitel nach § 20 AufenthG nur geringer Bedarf besteht. Jedenfalls ist eine große Diskrepanz festzustellen zwischen dem offensichtlichen Bedarf an Forschern und dem Beitrag, den die Regelung nach § 20 AufenthG bisher zur Bedarfsdeckung leistet.

Zudem sind Informationsdefizite über die Herkunftsstruktur der ausländischen Forscher in Deutschland vorhanden. Es liegen keine ausreichenden Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang diese Zielgruppe statt § 20 AufenthG für ihren Aufenthalt § 18 oder § 19 AufenthG in Anspruch nimmt. Möglicherweise sind die Vorteile des § 20 AufenthG den angesprochenen Forschungseinrichtungen schwer vermittelbar und es wird daher nach wie vor in einem eingespielten Verfahren mit der Ausländerbehörde auf den § 18 AufenthG i.V.m. § 5 BeschV zurückgegriffen.

Inwieweit dies der Fall ist, ließe sich durch eine derzeit in Vorbereitung befindliche Erweiterung der Speichersachverhalte in der AZRG-DV feststellen, indem bei der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 18 AufenthG jeweils die einschlägige Regelung der Beschäftigungsverordnung (hier § 5 BeschV) zugespeichert wird. Damit werden entsprechende Auswertungen aus dem AZR möglich.

Der Beirat ist mit der im Berichtsjahr erfolgten Umsetzung seiner Empfehlungen zu den Doktoranden und den Mindestbeträgen zur Sicherung des Lebensunterhalts zufrieden. Auf seine Anregung hin wurden entsprechende Formulierungen in die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Auch künftig wird sich der Beirat, seinen Aufgaben gem. § 38d Abs. 2 AufenthV entsprechend, mit der Weiterentwicklung von Regelungen zum Zulassungsverfahren für Forscher aus Drittstaaten beschäftigen, die evtl. in weiteren Empfehlungen münden, z.B. zum Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern. Der geringen Zahl von bisher eingegangenen Anträgen auf Anerkennung als Forschungseinrichtung, insbesondere von privaten Unternehmen, ist mit fortdauernden Publizierungsmaßnahmen seitens des Bundesamtes und des Beirats zu begegnen.

Tabellen

I. Anerkannte Forschungseinrichtungen und Feststellungen des besonderen öffentl. Interesses oder der überwiegenden Finanzierung aus öffentl. Mitteln vom 01.12.2007 – 31.10.2009

	öffentlich	privat	gesamt
Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen	111	9	120
Feststellung der überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Tätigkeit einer Forschungseinrichtung	88	-	88
Feststellung des besonderen öffentlichen Interesses an der Durchführung eines Forschungsvorhabens	-	1	1

Quelle: www.bamf.de/forschungsaufenthalte
Stand: 31.10.2009

Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen

Eine öffentliche oder private Forschungseinrichtung, die im Inland Forschung betreibt, soll auf Antrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten anerkannt werden. Die Bezeichnungen und Anschriften der hierfür anerkannten Forschungseinrichtungen werden vom Bundesamt in der „Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen“ veröffentlicht (vgl. § 38e AufenthV).

Liste der Feststellungen

Wird die Tätigkeit einer Forschungseinrichtung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, soll von der Anforderung einer Kostenübernahmeerklärung abgesehen werden. Auch wenn die Durchführung eines bestimmten Forschungsvorhabens im besonderen öffentlichen Interesse liegt, kann auf die Anforderung einer Kostenübernahmeerklärung verzichtet werden. Die Feststellung der überwiegenden Finanzierung aus öffentlichen Mitteln oder des besonderen öffentlichen Interesses kann beim Bundesamt beantragt werden. Die vom Bundesamt diesbezüglich getroffenen Feststellungen werden in der „Liste der Feststellungen“ veröffentlicht (vgl. § 38a Abs. 3 Satz 3 AufenthV).

II. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Bundesland und Ersteinreise -

Bundesland	Ersteinreise vor 2009	Ersteinreise ab 2009	Insgesamt
Baden-Württemberg	26	18	44
Bayern	18	11	29
Berlin	3	2	5
Brandenburg	8	2	10
Bremen	1	3	4
Hamburg	5	4	9
Hessen	5	2	7
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	13	4	17
Nordrhein-Westfalen	26	19	45
Rheinland-Pfalz	2	2	4
Saarland	1	2	3
Sachsen	8	3	11
Sachsen-Anhalt	2	4	6
Schleswig-Holstein	4	1	5
Thüringen	1	3	4
Summen	123	80	203

Quelle: Ausländerzentralregister
Stichtag: 31.10.2009

III. Aufenthaltliche Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG
- differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise -
Teil 1

Staatsangehörigkeit	Ersteinreise vor 2009	Ersteinreise 2009	Insgesamt
Ägypten	2	0	2
Argentinien	1	0	1
Australien	3	1	4
Bangladesch	0	1	1
Bosnien und Herzegowina	1	0	1
Brasilien	0	1	1
Chile	2	0	2
China	17	14	31
Dominikanische Republik	1	0	1
Georgien	3	1	4
Indien	18	8	26
Iran, Islamische Republik	6	2	8
Israel	4	1	5
Japan	5	11	16
Jordanien	1	0	1
Jugoslawien (ehem.)	1	0	1
Kamerun	1	0	1
Kanada	4	3	7
Kenia	1	0	1
Kirgisistan	1	0	1
Korea (Republik)	6	3	9
Kuba	0	1	1
Libanon	1	0	1
Malawi	1	0	1
Malaysia	0	1	1
Mexico	3	3	6
Nepal	2	0	2

III. Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG
- differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise -
Teil 2

Staatsangehörigkeit	Ersteinreise vor 2009	Ersteinreise 2009	Insgesamt
Pakistan	1	3	4
Philippinen	1	0	1
Russische Föderation	15	5	20
Senegal	1	0	1
Serbien (ehem.)	1	0	1
Simbabwe	1	0	1
Sri Lanka	0	2	2
Südafrika	1	0	1
Sudan	1	0	1
Thailand	2	1	3
Türkei	3	4	7
Ukraine	2	3	5
Ungeklärt	0	1	1
Vereinigte Staaten von Amerika	6	9	15
Vietnam	1	1	2
Weißrussland	2	0	2
Summen	123	80	203

Quelle: Ausländerzentralregister
Stichtag: 31.10.2009

Abkürzungsverzeichnis


AA	Auswärtiges Amt
AMSG	Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz
ArGV	Arbeitsgenehmigungsverordnung
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AufenthV	Aufenthaltsverordnung
AVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
AZR	Ausländerzentralregister
AZRG-DV	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das AZR (AZRG-Durchführungsverordnung)
BA	Bundesagentur für Arbeit
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BeschV	Beschäftigungsverordnung
BeschVerfV	Beschäftigungsverfahrensverordnung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern
BRKG	Bundesreisekostengesetz
DAAD	Deutscher akademischer Austauschdienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
FuE	Forschung und Entwicklung
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
SGB	Sozialgesetzbuch

Anlagen

Anlage 1: Organisationsplan des Bundesamtes

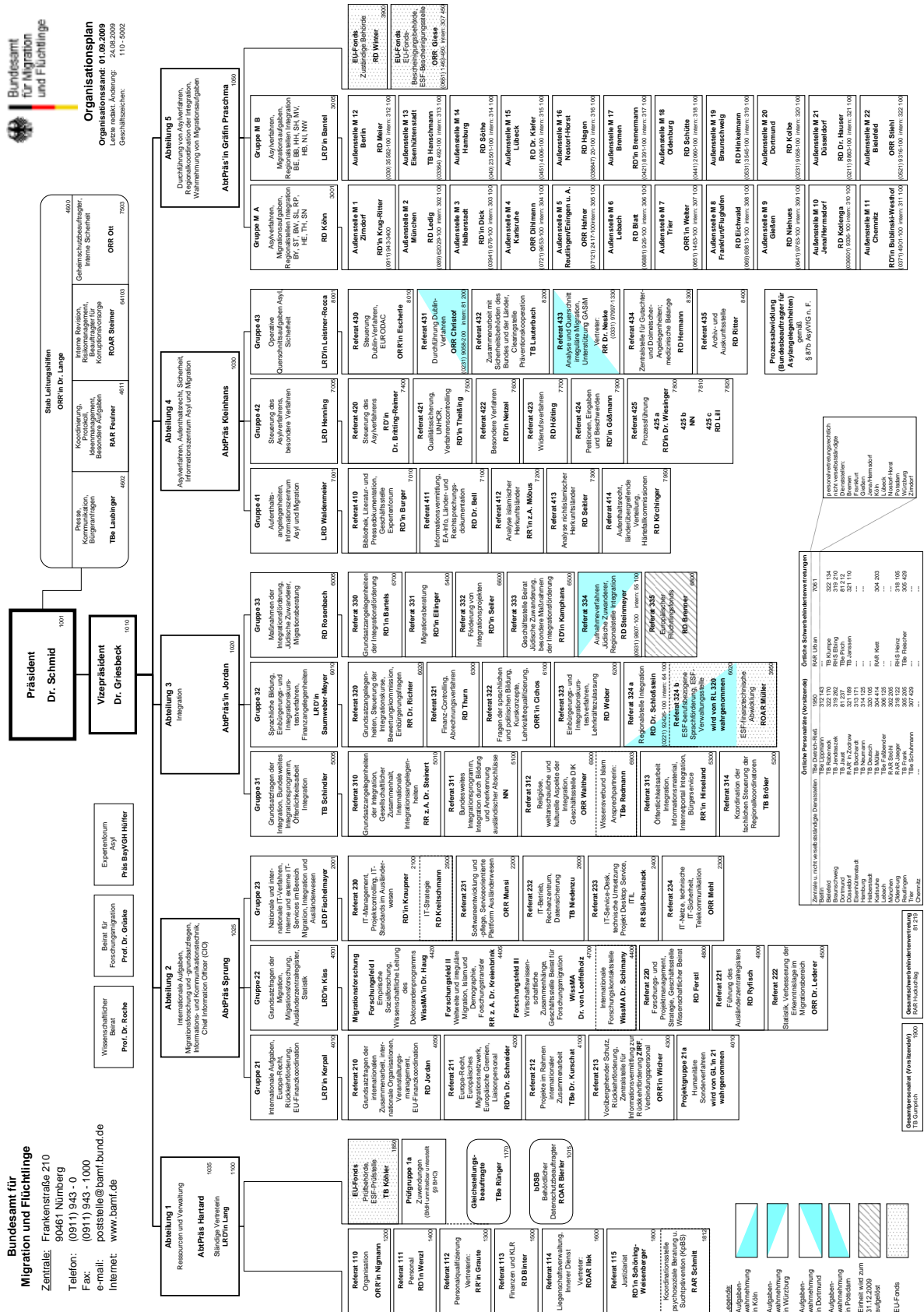
Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge
Zentrale: Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Telefon: (091 1) 943 - 0
Fax: (091 1) 943 - 1000
E-mail: poststelle@bamf.bund.de
Internet: www.bamf.de

 Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Organisationsplan

Letzte redakt. Änderung: 24.08.2009
Geschäftszeichen: 110 - 5002



Anlage 2: Empfehlungen des Beirats

Beirat für Forschungsmigration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Vorsitzender

Bundesministerium des Innern
11014 Berlin

ANSCHRIFT Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske
Schlossplatz 4, 91054 Erlangen

TEL +49 (0)9131 85-26605
FAX +49 (0)9131 85-22188
E-MAIL rektor@zuv.uni-erlangen.de

DATUM 16.01.2009

BETREFF **Empfehlungen des Beirats für Forschungsmigration gem. § 38d Abs. 2 AufenthV**

ANLAGEN

Nach § 75 Nr. 10 AufenthG wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Aufgabe der Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach § 20 AufenthG übertragen. Hierbei wird es durch einen Beirat für Forschungsmigration unterstützt.

Der Beirat hat gem. § 38d Abs. 2 AufenthV u.a. die Aufgabe Empfehlungen für allgemeine Richtlinien zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen abzugeben sowie im Zusammenhang mit dem in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahren etwaige Fehlentwicklungen aufzuzeigen und dabei auch Missbrauchsfälle oder verwaltungstechnische und sonstige mit Migrationsfragen zusammenhängende Hindernisse bei der Anwerbung von ausländischen Forschern darzustellen.

Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung gibt der Beirat für Forschungsmigration nachfolgende Empfehlungen ab.

a) Mindestbeträge zur Sicherung des Lebensunterhalts

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG setzt die Erteilung eines Aufenthaltstitels i.d.R. voraus, dass der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist. § 38f Abs. 2 Nr. 3 AufenthV sagt aus, dass auch der wirksame Abschluss einer Aufnahmevereinbarung einer anerkannten Forschungseinrichtung mit einem Drittstaatsforscher die Sicherung des Lebensunterhalts des Ausländers voraussetzt. Dies ist gemäß § 2 Abs. 3 S. 6 AufenthG der Fall, wenn der Ausländer über einen monatlichen Mindestnettobetrag in Höhe von zwei Dritteln der Bezugsgröße im Sinne des § 18 SGB IV verfügt. Die Mindestbeträge werden jährlich im Bundesanzeiger bekannt gegeben. Für 2008 belaufen sich diese über 1.656,67 € in den alten und über 1.400 € in den neuen Bundesländern.

Der Beirat für Forschungsmigration weist darauf hin, dass viele in- und ausländische Wissenschaftler in Forschungsprojekten mit 50% bis 75% der regulären Arbeitszeit teilzeitbeschäftigt sind, wodurch die Mindestbeträge zur Sicherung des Lebensunterhalts häufig unterschritten würden. Über den gefor-

SEITE 2 VON 3

derthen monatlichen Mindestnetto­betrag zur Lebensunterhaltssicherung verfügen somit de facto nur vollzeitangestellte Forscher, wie Post-Doktoranden, die zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn im Tarifgebiet West üblicherweise in die Entgeltgruppe 13 Stufe 1 TV-Länder eingruppiert werden und ein Bruttogrundentgelt in Höhe von 2.900 € erhalten.

Das Bundesministerium des Innern erklärte zwar dazu, dass es nach dem Entwurf der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum AufenthG nicht erforderlich sei, dass der geforderte Mindestbetrag zur Sicherung des Lebensunterhalts allein aus dem Forschungsvorhaben, das der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG zugrunde liegt, resultiert, sondern die Gesamtsumme aller Einkünfte zu betrachten sei (z.B. Stipendien).

Die Mitglieder des Beirats sehen dennoch die Mindestnetto­beträge in ihrer jetzigen Höhe als Hürde für die Anwerbung von Forschern nach § 20 AufenthG an. Sie haben sich daher nach eingehender Diskussion im Rahmen der Beiratsaufgaben nach § 38d Abs. 2 AufenthV für folgende Empfehlung an den Gesetzgeber ausgesprochen:

„Der Beirat empfiehlt, durch geeignete Maßnahmen größere Spielräume bei der Auslegung des Begriffs „Sicherung des Lebensunterhalts“ zu ermöglichen, um den unterschiedlichen Interessenlagen, insbesondere jüngerer Forscherinnen und Forscher, die in Teilzeitbeschäftigungen angestellt werden sollen, in flexibler Weise Rechnung tragen zu können.“

b) Einbeziehung von Doktoranden, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, in den § 20 AufenthG

Bereits in der konstituierenden Sitzung des Beirats am 23.10.2007 wurde über die Regelung des § 20 Abs. 7 Nr. 4 AufenthG diskutiert, wonach „Ausländer, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums ist“, von dem Aufenthalt nach § 20 AufenthG ausgenommen sind. Dies entspricht dem Text der EU-Forscherrichtlinie, die durch § 20 AufenthG in nationales Recht umgesetzt wurde. Nach deutschem Verständnis werden Promotionsvorhaben an inländischen Hochschulen nicht als Studium, d.h. im Rahmen von geregelten Studiengängen mit dem Abschluss der Promotion, vielmehr außerhalb von Studiengängen als wissenschaftliche Tätigkeit durchgeführt, die gleichzeitig der Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses dient. Nach Auffassung des Beirats ist demnach die Promotion eine Forschungstätigkeit im Sinne des § 20 AufenthG und somit § 20 Abs. 7 Nr. 4 AufenthG bei Promovierenden in Deutschland nicht einschlägig.

Dem entspricht auch die Unterscheidung in Ziffer 16.0.5 des Entwurfs der VwV zu § 16 AufenthG: "Der Aufenthaltswitz Studium umfasst ...nach einem (grundständigen) Studium ein Aufbau-, Zusatz- oder Ergänzungsstudium (Postgraduertenstudium) oder eine Promotion ..."

Der Begriff "Studium" des § 16 AufenthG ist somit anders und weiter definiert als in § 20 Abs. 7 Nr. 4 AufenthG. "Studium" im Sinne des § 16 AufenthG umfasst z.B. vorbereitende Sprachkurse, sonstige Postgraduertenstudien oder Promotionen.

Daher können promovierende wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowohl nach § 16 AufenthaltsG als auch nach § 20 AufenthaltsG einen Aufenthaltstitel erhalten. Darüber hinaus kann auch ein Aufenthaltstitel nach § 18 in Betracht kommen.

SEITE 3 VON 3

Im Unterschied zu § 18 AufenthG setzt § 20 AufenthG kein Beschäftigungsverhältnis zur Aufnahmeeinrichtung voraus, sondern erfordert eine Forschungstätigkeit, die statt durch ein Arbeitsverhältnis zu der Forschungseinrichtung auch durch in- oder ausländische Stipendien oder ausländische Arbeitgeber, die einen Forscher zeitweise nach Deutschland entsenden, finanziert werden kann. Wesentliche Voraussetzung für eine Anwendung von § 20 AufenthG auf Promovierende ist – neben Anerkennung der Forschungseinrichtung und Abschluss einer Aufnahmevereinbarung – ein verfügbares monatliches Einkommen in Höhe von mindestens 1.400 € in den neuen und 1.656,67 € in den alten Bundesländern.

Die Beratung des Beirats über Forscher, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, führte zu der Feststellung, dass diese zum Kreis der Nachwuchswissenschaftler gehören, die umworben werden und wegen der damit für sie verbundenen Vorteile in den § 20 AufenthG einbezogen werden sollten.

In Ausübung seiner Aufgaben nach § 38d Abs. 2 AufenthV lautet der formelle Beschluss des Beirats:

„Der Beirat empfiehlt, die normativen Vorgaben dahin zu ändern, dass Forschern, die im Rahmen einer Promotion Forschungsvorhaben durchführen, unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie in § 20 AufenthG vorgesehen sind, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann.“

Es wird um weitere Veranlassung gebeten.



Prof. Dr. Karl-Dieter Griske

Anlage 3: Interview Prof. Hailbronner

Zur Sache

01

LIEBE LESERINNEN UND LESER, //

In den letzten Jahren hat die Europäische Union ihre Anstrengungen auf dem Gebiet des Ausländer- und Asylrechts deutlich verstärkt. So wurde mit der Studentenrichtlinie 2004/114/EG und der Forscherichtlinie 2005/71/EG die Grundlage für einen besseren internationalen Austausch an den Hochschulen geschaffen. Beide EU-Richtlinien wurden im August 2007 in deutsches Recht umgesetzt. Von dieser Entwicklung sollen nun auch in größerem Umfang Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten profitieren.

Insbesondere durch die Forscherichtlinie soll die Möglichkeit eröffnet werden, auch Wissenschaftler aus Nicht-EU-Staaten für einen mehr als dreimonatigen Aufenthalt zur Durchführung eines Forschungsprojekts in die EU zu holen. Diese Maßnahme soll wesentlich zum Ausbau des „Europäischen Forschungsraums“ beitragen, der sich nach den Beschlüssen des Europäischen Rats von Lissabon (2000) zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln soll. Dabei geht es auch darum, die EU für Forscher aus aller Welt attraktiver zu machen und den Forschungsstandort zu stärken. Allerdings müssen zur Anwendbarkeit der Forscherichtlinie bestimmte administrative Anforderungen erfüllt werden. So muss zunächst jede öffentliche oder private Einrichtung, die Forschung betreibt, in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat als „Forschungseinrichtung“ zugelassen werden;

in Deutschland sind entsprechende Anträge an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu richten. Nach Abschluss des Zulassungsverfahrens kann die betreffende Forschungseinrichtung mit den Wissenschaftlern eine Aufnahmevereinbarung schließen, in der Modalitäten und Zweck des Forschungsaufenthalts zu regeln sind. Außerdem ist sicherzustellen, dass der Forscher während seines Aufenthalts über die erforderlichen Finanzmittel und einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügt.

Insgesamt hält sich damit der nach den Bestimmungen der Forscherichtlinie zu erledigende administrative Aufwand in Grenzen. Inwieweit aber die europäischen Hochschulen von den dadurch eingeräumten Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen, wird sich erst in der universitären Praxis der nächsten Jahre zeigen.



Prof. Kay Hailbronner

(Kay Hailbronner ist Professor für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht und Direktor des Forschungszentrums für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht an der Universität Konstanz. Siehe Interview S. 8)



Prof. Kay Hailbronner



Prof. Dr. Kay Hailbronner ist seit 1979 Ordinarius für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Universität Konstanz. Seit 1994 leitet er das Forschungszentrum für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht. Er ist Mitglied im Expertenforum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. 2007 verlieh ihm die Universität St. Gallen die Ehrendoktorwürde.

Neue Freizügigkeit

Prof. Kay Hailbronner zur Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht und zur Forscherrichtlinie

Seit 1994 gibt es das Forschungszentrum für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht an der Universität Konstanz. Prof. Kay Hailbronner, Ordinarius für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Gründer der wissenschaftlichen Einrichtung, und seine Mitarbeiter untersuchen die internationalen und insbesondere die europäischen Einflüsse auf das deutsche Ausländer- und Asylrecht. Schließlich evaluieren sie, inwiefern Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt werden. Einer ihrer Schwerpunkte bildet derzeit die Forscherrichtlinie, die das Zulassungsverfahren für ausländische Forscher in der EU optimieren soll.

uni'kon: Herr Prof. Hailbronner, jüngst ergab eine Umfrage, dass die Deutschen am liebsten wieder die D-Mark zurückhätten. Wie finden Sie das?

Prof. Kay Hailbronner: Das kann ich nicht nachvollziehen. Der Euro ist eine wichtige Voraussetzung für die Freizügigkeit im EU-Raum, die wiederum die größte Errungenschaft aus Sicht der Bürger darstellt.

Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Fragen der Freizügigkeit in der EU?

Das gesamte Ausländerrecht befindet sich in Veränderung und in weiten Teilen müssen Richtlinien aus Brüssel umgesetzt werden. Für uns als Universität ist natürlich die Forscher- und Studentenrichtlinie von großer Bedeutung.

Um was geht es da?

Sie regelt, unter welchen Bedingungen ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende aus Nicht-EU-Staaten ein Aufenthaltsrecht in Deutschland bekommen. Dabei geht es also nicht nur um Unionsbürger. Entscheidend ist, dass es Drittstaatsangehörige betrifft, die aufgrund eines Aufenthaltsrechts in einem anderen Mitgliedsstaat zu uns kommen. Neu ist damit, dass auch der Forscher, der z.B. aus Kolumbien kommt, aufgrund dieser EU-Richtlinie eine privilegierte Rechtsstellung hat. Entsprechendes gilt für Studierende. Ein einheitlicher Aufenthaltstitel in der Europäischen Union beinhaltet, dass ein Ausländer, der als Drittstaatsangehöriger eine Ausbildung in Deutschland macht, kraft EU-Recht auch in anderen Mitgliedstaaten ein Aufenthaltsrecht hat.

Was ist die Idee dahinter?

Der EU-Binnenmarkt soll ein Raum sein, der für kulturellen und wissenschaftlichen Austausch offen ist. Man will den Austausch mit der wissenschaftlichen Welt außerhalb der EU erleichtern.

Und inwiefern beschäftigen Sie sich wissenschaftlich damit?

Wir untersuchen, in welchen Punkten das deutsche Ausländerrecht in der Konzeption, aber auch in Einzelheiten, durch EU-Recht transformiert wird. Weiterhin beschäftigen wir uns mit der Frage, wo Änderungen

und Anpassungen stattfinden und prüfen, ob diese im Einklang mit dem EU-Recht sind. Es müssen Gesetze und Verordnungen, aber auch die Verwaltungspraxis oder die Rechtsprechung geändert werden. Die Umsetzung der europäischen Vorgaben in das jeweilige Recht wird in allen 27 Mitgliedstaaten durchgeführt. Wir untersuchen das vor allem für Deutschland.

Wie geht so eine Anpassung deutschen Rechts an eine EU-Richtlinie vorstatten?

Nach Erlass einer Richtlinie gibt es eine Frist für deren Umsetzung. Das bedeutet: Die Sache geht in den Bundestag. Die Wissenschaft wird bei parlamentarischen Anhörungen konsultiert, wo Gelegenheit besteht, auch Anregungen für Änderungen in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Damit befasst sich natürlich auch das Bundesministerium des Innern. Das Bundesamt für Migration hat z.B. einen Beirat für Forschungsmigration eingerichtet, in dem Fragen der Umsetzung und Anwendung diskutiert werden.

Was gibt es für Schwierigkeiten mit der Forscherrichtlinie?

Die Forscherrichtlinie steht zunächst für ein erleichtertes Verfahren für Wissenschaftsorganisationen wie die Universitäten. Diese können sich akkreditieren und eine Aufenthaltserlaubnis für Forscher beantragen. Das ist bisher nur zögerlich geschehen. Das liegt zum einen daran, dass das Verfahren weitgehend unbekannt geblieben ist, möglicherweise aber auch daran, dass Unklarheit darüber besteht, für welche Art von Aufenthaltserlaubnis das Verfahren gedacht ist.

Zum Beispiel?

Die Industrie kann den Aufenthaltstitel auch nutzen, das ist sogar ein wesentlicher Teil der Richtlinie. Allerdings war nicht klar, dass die Forscherrichtlinie nicht für allgemeine Anstellungsverträge in einer Forschungsabteilung gilt. Sie setzt nämlich einen Arbeitsvertrag über ein bestimmtes Forschungsprojekt voraus. Darüber hinaus haben wir Probleme mit den Doktoranden, denn diese fallen nicht unter die Forscher-, sondern die Studentenrichtlinie. Gerade in den Naturwissenschaften sind jedoch die Doktoranden auch Forscher. Daher haben wir auf die Tagesordnung gesetzt, ob man die Doktoranden nicht unter die Forscherrichtlinie fallen lassen könnte. Wir wollen im Beirat einen Leitfadens für Universitäten ausarbeiten, in welchem die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis für Forscher geregelt ist.

Sie evaluieren auch, ob die jeweilige EU-Richtlinie korrekt in deutsches Recht transformiert wurde. Können Sie ein Beispiel geben für die Verletzung einer EU-Richtlinie bei der Umsetzung?

Was wir an Verletzungen festgestellt haben, wird von der Kommission vertraulich behandelt. Es kommen immer

wieder Verletzungen vor; das ist unvermeidlich. Zum Teil ist es der Versuch, die Anpassung unter Beibehaltung des nationalen Rechts durchzuführen, da jedes Land glaubt, seine Verfahrensweise habe sich am meisten bewährt. Diese Verletzungen halten sich jedoch in Grenzen, weil es ein relativ umfangreiches Umsetzungsgesetz gibt.

Ist absehbar, ob dieser Berg von Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien irgendwann mal abgebaut werden kann?

Das Ganze wird immer mehr zum Gebiet von Spezialisten. Es besteht jedoch die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen. Etwa bei den Visavorschriften: die einzelnen Staaten können nicht unterschiedliche Visavorschriften haben und gleichzeitig die Kontrollen an den Binnengrenzen aufheben. Das Ziel ist ein einfaches Gemeinschaftsrecht. Davon sind wir im Moment aber noch weit entfernt.



TREUHAND

Anlage 4: Interview Prof. Domdey

Wirtschaft — Das IHK-Magazin für München und Oberbayern —
01/2009

Forscherrichtlinie - Beschleunigter Zugang

Ein Gesetz erleichtert es Unternehmen, ausländische Wissenschaftler aus Nicht-EU-Ländern anzuheuern.

Droht Deutschland ein Forschermangel? Laut DIHK-Innovationsbericht 2007 können bis zum Jahr 2010 insgesamt 30000 Forscherstellen nicht mit qualifizierten Kräften besetzt werden. Besonders schwer werde es nach DIHK-Einschätzung für den Mittelstand. Ein Ausweg könnte sich durch ein Gesetz ergeben, das ausländischen Forschern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Die Grundlage hierfür bietet die sogenannte EU-Forscherrichtlinie. Hintergrund: Um die Attraktivität der Europäischen Union für Wissenschaftler aus aller Welt zu erhöhen, wurden bereits 2005 gemeinsame Regelungen über ein „Schnellverfahren“ zur Erteilung des Visums und der Aufenthaltserlaubnis an Personen aus Nicht-EU-Ländern beschlossen. Ziel ist es, Europa zur wettbewerbsfähigsten „wissensgestützten“ Wirtschaft weltweit zu machen.

Bereits Ende August 2007 wurde in Deutschland die Forscherrichtlinie fristgerecht in nationales Recht umgesetzt. Die Regelung sieht vor, das Verfahren zur Zulassung von sogenannten „Drittstaats-Forschern“ in der Europäischen Union nach einem dreistufigen Verfahren (siehe Kasten) zu regeln und den damit zugelassenen Akademikern bestimmte Rechte einzuräumen: etwa hinsichtlich des Aufenthalts, dem Unterricht an Hochschulen, der Gleichbehandlung bei der Diplomanerkennung, den Arbeitsbedingungen, der sozialen Sicherheit, der Besteuerung oder der Mobilität innerhalb der EU. Wichtig für die Firmen: Forschungseinrichtungen im Sinne der Richtlinie können auch Unternehmen sein, die in ihren F&E-Abteilungen zum Beispiel neue Produkte kreieren. Die ausländischen Bewerber müssen jedoch einen Hochschulabschluss vorweisen sowie in Deutschland künftig im Bereich Forschung & Entwicklung tätig sein. Keine Einschränkungen gibt es in puncto Fachrichtung. Die Forscherrichtlinie gilt für Ingenieure ebenso wie beispielsweise für Wirtschafts-, Sozial- oder Geisteswissenschaftler. Die Unternehmen müssen zunächst die „Anerkennung als Forschungseinrichtung“ beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg beantragen. Dort erhalten sie das Antragsformular und weitere Informationen rund ums Thema Forscherrichtlinie (siehe Kasten). Die Anerkennung der Forschungseinrichtung ist auf fünf Jahre befristet. In diesem Zeitraum können Aufnahmevereinbarungen mit ausländischen Forschern abgeschlossen werden, Verlängerungen sind möglich. Ein ausländischer Wissenschaftler erhält die Aufenthaltserlaubnis jedoch nur dann, wenn er eine Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einem Unternehmen oder einer Forschungseinrichtung abgeschlossen hat. Die „Aufenthaltserlaubnis Forscher“ wird für mindestens ein Jahr erteilt, es sei denn, das „Forschungsprojekt“ ist früher beendet. Zuständig für die Erteilung ist die Ausländerbehörde des Ortes, an dem der Ausländer in Deutschland seinen Wohnsitz hat. Die Möglichkeiten, die sich durch die Forscherrichtlinie bei der Anwerbung womöglich hochkarätiger Spezialisten aus Nicht-EU-Ländern ergeben, stoßen bei den Unternehmen bislang offenbar auf wenig Interesse. Zu den wenigen Unternehmen, die als Forschungseinrichtung anerkannt sind, zählt der Medizintechnikanbieter Hepa Wash GmbH. Die Garchinger Firma hat sich auf die Entwicklung neuartiger Geräte zur Unterstützungstherapie von Patienten mit Leberversagen fokussiert. Das sind einige Unternehmen, aber immer noch zu wenige. Prof. Dr. Horst Domdey, Geschäftsführer der BioM Biotech Cluster Development GmbH, der den DIHK im Beirat für Forschungsmigration im BAMF vertritt, ermuntert den forschenden Mittelstand: „Es handelt sich hier um einen relativ einfachen Verwaltungsakt, mit dem sehr viele der ansonsten notwendigen und mühsamen Bürokratieschritte umgangen werden können. Vor allem gelingt es so den ausländischen Forscher der Wahl auch in einem Unternehmen ohne größere zeitliche Verzögerungen einstellen zu können.“

Josef Stelzer

Drei Schritte bis zum Aufenthalt

Das aufenthaltsrechtliche Verfahren für Forscher aus Nicht-EU-Ländern besteht aus:

1. Anerkennungsverfahren für Forschungseinrichtungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de, E-Mail: forscherrichtlinie@bamf.bund.de), Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg, Elisabeth Alescio, Tel. 0911 943-4710 oder Martin Schmidt, Tel. 0911 943-4716
2. Abschluss einer Aufnahmevereinbarung der Forschungseinrichtung mit dem Forscher, wozu die Forschungseinrichtung erst durch die Anerkennung befugt wird, und
3. Erteilung des Aufenthaltstitels durch die Ausländerbehörde (als Aufenthaltserlaubnis im Inland) oder die Auslandsvertretung (als Visum aus dem Ausland) auf Antrag des Forschers.

Anlage 5: Interview Dr. von Loeffelholz

Die Karriere eines Forschers in Deutschland wurde für Ausländer erleichtert

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland informierte über die Erfolge der erleichterten Regelungen über die Aufnahme ausländischer Forscher. Mit Hilfe dieser Erleichterungen sind schon über 120 Experten eingereist und die Liste der teilnehmenden Forschungseinrichtungen überstieg die Zahl von Hundert.

Den Übergang zu erleichterten Regelungen der Aufnahme ausländischer Forscher hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland schon im Sommer 2007 verkündet. Gemäß der neuen Praxis übertragen staatliche Organe die fachliche Beurteilung von ausländischen Forschern den Einrichtungen, die diese Mitarbeiter anwerben.

Früher mussten Mitarbeiter der deutschen Ausländerbehörden selbstständig die Qualifikation des eingeladenen Forschers überprüfen und feststellen, ob die vakante Stelle mit einem adäquaten deutschen Forscher besetzt werden kann. Heute genügt es lediglich die schriftliche Übereinkunft zwischen der Forschungseinrichtung und dem ausländischen Forscher den Mitarbeitern vorzulegen (Aufnahmevereinbarung – Anm. d. Übersetzers). Die vorangegangene fachliche Überprüfung des Forschers übernimmt die Forschungseinrichtung, d.h. sie erklärt, dass der zukünftige Mitarbeiter benötigt wird. Das Visum wird dann auf der Grundlage der Übereinkunft zwischen dem Forscher und der Forschungseinrichtung erteilt.

Signal gesendet, die Türen sind offen.

„Auf Grund unserer Bemühungen wird es in Deutschland mehr ausländische Forscher geben“, meint der Experte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hans-Dietrich von Loeffelholz. „Mit den Erleichterungen der Regelungen haben wir ein klares Signal sowohl an die Forscher als auch an die Forschungseinrichtungen gesendet: Die Tür für qualifizierte Fachkräfte ist offen.“ Nach den Worten des Experten haben von der Neuordnung innerhalb von anderthalb Jahren ca. 120 Forscher Gebrauch gemacht, wobei die Forscher aus Russland 20 % ausmachen.

Allerdings können nicht alle Einrichtungen die administrativen Hindernisse einfach überwinden. Das Bundesamt hat die Liste besonders „vertrauenswürdiger“ Forschungseinrichtungen vorbereitet, die ohne bürokratische Verzögerungen ausländische Forscher zur Einstellung anwerben können. Die Hochschule der Stadt Aalen wurde in die Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen aufgenommen, deren Anzahl weiterhin ansteigt und im Mai 2009 bereits die Hundert überschritten hat.

„Wir rechnen mit der Belebung der Mitarbeit ausländischer Forscher“, sagt Pascal Cromm, Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Hochschule Aalen. „Früher sind ausländische Forscher mit Hilfe privater Kontakte und Bekanntschaften nach Aalen gekommen. Die Anerkennung durch das Bundesamt hat die Autorität der Hochschule erhöht. Nun lohnt es sich über eine Werbekampagne nachzudenken, die Forscher zu uns locken soll.“

„Ausländer kommen von selbst zu mir“

Darüber, wie die Zusammenarbeit mit ausländischen Forschern an der Hochschule Aalen aussieht, erzählte der Deutschen Welle der Leiter des Instituts für Angewandte Forschung im Bereich der lasergestützten Mess- und Diagnosetechnik, Herbert Schneckenburger, für den die Arbeit mit ausländischen Kollegen eine Routine ist. „Ich musste mich nicht mit bürokratischen Regelungen auseinander setzen, da ich mich nie mit der Suche nach ausländischen Forschern beschäftigt habe“, sagt der angesehene Forscher. „Sie haben mich immer selbst gefunden.“

Genau diese Methode half der Wissenschaftlichen Mitarbeiterin Marija Sergeeva ihre Stelle zu bekommen. Nachdem sie ein Studium an der Moskauer Universität mit Bakkalaureat abgeschlossen hatte, absolvierte sie anschließend ein Studium mit Masterabschluss an der Hochschule Aalen. „Ich war immer gut, zeigte mich von der positiven Seite und alles klappte wie von selbst“, erinnert sich Marija. „Man bekommt in Russland eine ausgezeichnete Ausbildung, die hier geschätzt wird. Wenn man Englisch beherrscht, sind alle Türen offen. Hauptsache man ergreift die Initiative.“

Herbert Schneckenburger führt aus, dass Suchende, die Mitarbeiter der Hochschule Aalen werden wollen, unbedingt über die Forschungsschwerpunkte der Hochschule anhand wissenschaftlicher Veröffentlichungen informiert sein müssen. Sie können dann sehen, inwieweit die Hochschule ihrem Profil entspricht. Wenn dies der Fall ist, führt er fort, könne die Hochschule den Lebenslauf ansehen.

Direkter Kontakt ist der verlässlichste

Der direkte und persönliche Kontakt ist aber immer noch bei Weitem die viel versprechendste Möglichkeit eine Stelle in wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland zu finden. Wenn man die Vollmachten berücksichtigt, mit denen die Forschungseinrichtungen ausgestattet wurden, so stellt sich heraus, dass alle Karten nun in den Händen der Institute liegen. Der Einfluss Dritter tendiert gegen Null.

„Ja. Nun liegt die Verantwortung für die Expertise von ausländischen Forschern bei der Hochschule“, sagt der Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Hochschule Aalen Pascal Cromm. „Diejenigen aber, die denken, dass die Anforderungen an die Forscher dadurch gesunken seien, irren sich. Wer wird denn einen Forscher anwerben, mit dem man sowohl beruflich als auch persönlich nicht auskommt?“

Nachdem das Bundesamt von der fachlichen Überprüfung von angeworbenen Forschern Abstand genommen hatte(*), richtet es alle Anstrengungen auf die Vermehrung der Anzahl der anerkannten Forschungseinrichtungen. „Wir haben Ziele, die wir anstreben. Viele potentiell wichtige Forschungszentren haben sich noch nicht an uns gewandt“, sagt der Mitarbeiter des Bundesamtes Hans-Dietrich von Loeffelholz. „Dies betrifft vor allem Bereiche wie Pharmazie und Automobilbau. Ausländische Fachkräfte werden überall gebraucht.“

(*)Anmerkung des Übersetzers:

Das Bundesamt hat in der Vergangenheit die angeworbenen Forscher nicht überprüft, das war Aufgabe der Ausländerbehörden.

Anlage 6: Pressemitteilung



Den Menschen im Blick. Schützen. Integrieren.

Sie sind hier: [Startseite](#) [Das BAMF](#) [Presse/Veranstaltungen](#) [Presse](#) **Deutschland bietet ausländischen Forschern ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren**

0009/2009

Deutschland bietet ausländischen Forschern ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren

Erscheinungsdatum: 05.05.2009

Mehr als 100 Forschungseinrichtungen zugelassen

Ein verbessertes Aufnahmeverfahren hat in den vergangenen Monaten rund 120 ausländische Forscher aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland gebracht. Dank vereinfachter Zulassungen konnten sie direkt von privaten und öffentlichen Forschungseinrichtungen angeworben werden. Um diese Möglichkeit zu nutzen, haben bislang rund 100 Forschungseinrichtungen eine Anerkennung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erworben. Auf dieser Grundlage können sie dann Forscher von außerhalb der Europäischen Union passgenau nach deren Qualifikationen auswählen und selbst Aufnahmevereinbarungen schließen. Ziel ist es, Deutschland als Forschungsstandort zu stärken.

Rechtlich möglich ist dies dank der so genannten EU-Forscherrichtlinie, die 2007 in deutsches Recht umgesetzt worden ist und verstärkt auf die Expertise von Forschungseinrichtungen setzt. Davor prüften in jedem Einzelfall die Ausländerbehörden, ob für die Beschäftigung eines Forschers ein entsprechender Bedarf bestand und er die fachlichen Anforderungen erfüllte.

Nicht nur für Universitäten und Forschungsinstitute, auch für Unternehmen bietet das neue Zulassungsverfahren größere Flexibilität in der Personalauswahl. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht davon aus, dass gerade bei überwiegend aus privaten Mitteln finanzierten Forschungseinrichtungen – die zum Beispiel an Unternehmen angegliedert sind – das Potenzial dieses erleichterten Zulassungsverfahrens noch nicht voll ausgeschöpft wird. Daher wird in den kommenden Monaten mit weiteren Anträgen gerechnet.

Der neue Aufenthaltstitel ermöglicht es Wissenschaftlern auch, Teile ihres Forschungsvorhabens außerhalb des Bundesgebietes in anderen EU-Staaten zu verwirklichen.

Weitere Informationen sowie eine Liste der bereits vom Bundesamt anerkannten Forschungseinrichtungen finden Sie unter: www.bamf.de

Quelle: BAMF

Anlage 7: FAQ-Liste



**Liste der am häufigsten gestellten Fragen zum Zulassungsverfahren für
Forscher aus Nicht-EU-Staaten nach der EU-Forscherrichtlinie
(„FAQ-Liste“)**

Stand: 07.09.2009

I. Informationen für Forschungseinrichtungen, Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen

1. Allgemeines
2. Das Anerkennungsverfahren
3. Die Aufnahmevereinbarung
4. Die Kostenübernahmeerklärung

II. Informationen für Forscher

1. Allgemeines
2. Voraussetzungen
3. Definition des Begriffes „Forscher“
4. Einreise und Aufenthalt

I. Informationen für Forschungseinrichtungen, Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen

1. Allgemeines

Welche Rechte ergeben sich aus dem neuen Zulassungsverfahren für Forscher aus Nicht-EU-Staaten nach der EU-Richtlinie 2005/71/EG (Forscherrichtlinie)?

Am 28.08.2007 trat in der Bundesrepublik Deutschland das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union in Kraft, das auch die sogenannte Forscherrichtlinie fristgerecht in nationales Recht umsetzte. Die "Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung" zielt insbesondere darauf ab, zugelassenen Forschern bestimmte Rechte hinsichtlich des Aufenthalts, der Abhaltung von Unterricht an Hochschulen, der Gleichbehandlung bei der Diplomanerkennung, Arbeitsbedingungen, sozialen Sicherheit, Besteuerung etc. und der Mobilität innerhalb der EU einzuräumen.

2. Das Anerkennungsverfahren

Wofür benötigt eine Forschungseinrichtung die Anerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge?

Um Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten abschließen zu können, muss eine Forschungseinrichtung die Anerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beantragt haben und anerkannt worden sein. Wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die Forschungseinrichtung im Inland Forschung betreibt.

Können auch private Unternehmen, die Forschung in Deutschland betreiben, zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen anerkannt werden?

Ja, sowohl öffentliche als auch private Forschungseinrichtungen, die im Inland Forschung betreiben, sollen auf Antrag zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten anerkannt werden.

Was versteht man unter dem Begriff „Forschung“?

Forschung ist jede systematisch betriebene schöpferische und rechtlich zulässige Tätigkeit, die den Zweck verfolgt, den Wissensstand zu erweitern, einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft, oder solches Wissen einzusetzen, um neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Welche Vorteile hat die Forschungseinrichtung durch die Anerkennung?

Eine anerkannte Forschungseinrichtung kann für den Zeitraum der Anerkennung (in der Regel mindestens fünf Jahre) eine nicht begrenzte Anzahl von Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten abschließen.

Auf welche Weise kann die Anerkennung beantragt werden?

Das Antragsformular mit Ausfüllhinweisen sowie nähere Informationen zum Verfahren enthält die Internetseite des Bundesamtes (www.bamf.de/forschungsaufenthalte).

Wer kann die Anerkennung beantragen?

Dies hängt von der Rechtsfähigkeit des Antragstellers ab. Der Antrag ist bei juristischen Personen vom gesetzlichen Vertreter (Nachweis durch Registereintrag) der jeweiligen Institution zu stellen.

Welche Nachweise müssen für die Anerkennung vorgelegt werden?

Es müssen Nachweise vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, dass Forschung im Inland betrieben wird (Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsberichte etc.). Zudem ist ein Nachweis zur Vertretungsbevollmächtigung des gesetzlichen Vertreters beizufügen (Registerauszug, Ernennungsschreiben, Organigramm etc.).

Wird die Tätigkeit der Forschungseinrichtung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, sind zudem Nachweise vorzulegen, aus denen der Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung der Forschungseinrichtung zu entnehmen ist (Haushaltsplan, Wirtschaftsplan, Jahresrechnung etc.).

- die Verpflichtung der Forschungseinrichtung, den Forscher zur Durchführung des Forschungsvorhabens aufzunehmen,
- die Angaben zum wesentlichen Inhalt des Rechtsverhältnisses zwischen dem Forscher und der Forschungseinrichtung, insbesondere zum Umfang der Tätigkeit des Forschers, zum Gehalt, Urlaub, Arbeitszeit und zur Versicherung, sowie
- eine Unwirksamkeitsklausel für den Fall, dass keine Aufenthaltserlaubnis „Forscher“ nach § 20 AufenthG erteilt wird.

Das Muster einer Aufnahmevereinbarung finden Sie auf der Internetseite des Bundesamtes (www.bamf.de/forschungsaufenthalte).

Wann kann eine Aufnahmevereinbarung wirksam abgeschlossen werden?

Eine anerkannte Forschungseinrichtung kann eine Aufnahmevereinbarung mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten nur wirksam abschließen, wenn

- feststeht, dass das Forschungsvorhaben durchgeführt wird,
- der Forscher dafür geeignet und befähigt ist und über den hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügt, der Zugang zu Doktorandenprogrammen ermöglicht, und
- der Lebensunterhalt des Forschers gesichert ist.

Muss die Aufnahmevereinbarung vom gesetzlichen Vertreter der Forschungseinrichtung selbst unterschrieben werden?

Nein, die Aufnahmevereinbarung muss nicht zwingend vom gesetzlichen Vertreter einer anerkannten Forschungseinrichtung unterzeichnet werden. Für die Forschungseinrichtung besteht die Möglichkeit, die Befugnis zur Unterzeichnung der Aufnahmevereinbarung mittels interner Regelung des gesetzlichen Vertreters auf andere Personen zu übertragen. Somit kann die Aufnahmevereinbarung auch von einer vom gesetzlichen Vertreter bevollmächtigten Person unterzeichnet werden.

Welche Pflichten hat eine Forschungseinrichtung nach Abschluss einer Aufnahmevereinbarung?

Eine anerkannte Forschungseinrichtung ist verpflichtet, der zuständigen Ausländerbehörde schriftlich mitzuteilen, wenn

1. Umstände vorliegen, die dazu führen können, dass eine Aufnahmevereinbarung nicht erfüllt werden kann oder die Voraussetzungen ihres Abschlusses nach § 38f Abs. 2 AufenthV entfallen sind (diese Mitteilung muss unverzüglich nach Eintritt der zur Mitteilung verpflichtenden Tatsachen erfolgen), oder
2. ein Ausländer seine Tätigkeit für ein Forschungsvorhaben, für das sie eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen hat, beendet (diese Mitteilung muss innerhalb von zwei Monaten nach Eintritt der zur Mitteilung verpflichtenden Tatsachen erfolgen).

In den Mitteilungen sind neben den mitzuteilenden Tatsachen und dem Zeitpunkt ihres Eintritts die Namen, Vornamen und Staatsangehörigkeiten des Ausländers anzugeben sowie die Aufnahmevereinbarung näher zu bezeichnen.

4. Kostenübernahmeerklärung

Was ist eine Kostenübernahmeerklärung?

In einer Kostenübernahmeerklärung verpflichtet sich eine anerkannte Forschungseinrichtung schriftlich zur Übernahme der Kosten, die öffentlichen Stellen bis zu sechs Monaten nach Beendigung einer Aufnahmevereinbarung für den Lebensunterhalt während eines unerlaubten Aufenthalts in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und eine ggf. erforderliche Abschiebung des Forschers entstehen.

Wann wird eine Kostenübernahmeerklärung verlangt?

Für anerkannte Forschungseinrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, besteht in der Regel keine Verpflichtung zur Kostenübernahme.

Andere anerkannte Forschungseinrichtungen, die eine Aufnahmevereinbarung mit einem ausländischen Forscher abschließen, sind grundsätzlich zur Abgabe einer Kostenübernahmeerklärung verpflichtet. Von diesem Grundsatz kann aber auch dann abgesehen werden, wenn an dem Forschungsvorhaben ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Eine entsprechende Feststellung kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Antrag treffen.

Zudem kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Anerkennung einer Forschungseinrichtung auch von der Abgabe einer „Allgemeinen Kostenübernahmeerklärung“ und dem Nachweis der hinreichenden finanziellen Leistungsfähigkeit zur Erfüllung einer solchen Verpflichtung abhängig machen, wenn deren Tätigkeit nicht überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird.

Wie kann eine Kostenübernahmeerklärung abgegeben werden?

Die Kostenübernahmeerklärung kann für jeden Forscher einzeln gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung oder in Form einer „Allgemeinen Kostenübernahmeerklärung“ ein Mal für sämtliche Forscher, mit denen im Anerkennungszeitraum eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wird, gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgegeben werden.

Wo und wie sind Anträge auf Feststellung der Finanzierungsform oder das besondere öffentliche Interesse an der Durchführung eines bestimmten Forschungsprojekts zu stellen?

Die Feststellung der Finanzierungsform oder des besonderen öffentlichen Interesses an der Durchführung eines bestimmten Forschungsprojekts trifft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Antrag der Forschungseinrichtung. Die Feststellung der Finanzierungsform kann auch zusammen mit dem Antrag auf Anerkennung zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen gestellt werden (dafür ist auf der ersten Seite des Antrags auf Anerkennung das entsprechende Feld „Zusätzlich wird beantragt“ anzukreuzen).

Für die Feststellung des besonderen öffentlichen Interesses an der Durchführung eines bestimmten Forschungsprojekts ist ein eigenes Antragsformular zu verwenden. Das Antragsformular kann von der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de/forschungsaufenthalte) heruntergeladen werden.

Auf dieser Seite wird unter „Downloads“ auch eine aktuelle Liste der wirksamen Feststellungen veröffentlicht.

II. Informationen für Forscher

1. Allgemeines

„Forscher“ konnten früher eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Aufenthaltsgesetz in Verbindung mit § 5 der Beschäftigungsverordnung erhalten, gilt diese Regelung weiterhin?

Ein Forscher aus Nicht-EU-Staaten kann auch eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Aufenthaltsgesetz in Verbindung mit § 5 Beschäftigungsverordnung erhalten. Allerdings verzichtet er dann auf Vorteile, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz beinhaltet:

1) Mobilitätsrecht

Ein Aufenthaltstitel nach § 18 Aufenthaltsgesetz beinhaltet kein Mobilitätsrecht innerhalb der Europäischen Union.

2) Ehegattennachzug

Beim Aufenthaltstitel nach § 18 Aufenthaltsgesetz gelten die allgemeinen Bestimmungen. Das bedeutet, dass beim Ehegattennachzug beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben müssen. Der nachziehende Ehegatte muss sich darüber hinaus zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können. Das setzt in der Regel vor der Einreise das Bestehen eines Sprachtests voraus. Diese Voraussetzungen sind für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten eines „Forschers“ (§ 20 Aufenthaltsgesetz) zum Zweck des Ehegattennachzugs unbeachtlich, wenn die Ehe bereits bestand, als der Forscher seinen Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegt hat.

2. Voraussetzungen

Welche persönlichen Voraussetzungen muss ein „Forscher“ mitbringen, um einen Aufenthaltstitel nach § 20 Aufenthaltsgesetz zu bekommen?

Der Forscher muss für die Durchführung des Vorhabens geeignet und befähigt sein und über den in der Regel hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügen, der Zugang zu Doktoratsprogrammen ermöglicht. Ferner muss der Lebensunterhalt des Forschers gesichert sein.

Die Aufenthaltserlaubnis wird einem Forscher zum Zweck der Forschung nach diesem besonderen Zulassungsverfahren nur erteilt, wenn er eine wirksame Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer vom Bundesamt anerkannten Forschungseinrichtung abgeschlossen hat.

Muss ein „Forscher“ über einen bestimmten Mindestbetrag zur Sicherung des Lebensunterhalts verfügen?

Ja. Das Bundesministerium des Innern gibt bis spätestens 31. Dezember eines Jahres im Bundesanzeiger den für das kommende Jahr gültigen Mindestbetrag bekannt. Den aktuell gültigen Mindestbetrag für die alten und für die neuen Bundesländer entnehmen Sie bitte der Internetseite (siehe unter „Aufenthaltstitel“ auf www.bamf.de/forschungsaufenthalte).

Gibt es weitere Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um einen Aufenthaltstitel zu bekommen?

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels setzt in der Regel voraus, dass

- der Lebensunterhalt gesichert ist,
- die Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind,
- die Passpflicht erfüllt ist,
- kein Ausweisungsgrund vorliegt.

Ferner setzt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis grundsätzlich voraus, dass die Einreise mit einem erforderlichen Visum für Forschungsaufenthalte erfolgte und die für die Erteilung maßgeblichen Angaben bereits im Visumantrag gemacht wurden.

Führt eine Veränderung von Projekthinhalten oder die Änderung der Zielrichtung eines Forschungsprojektes zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz oder dazu, dass stets neue Aufnahmevereinbarungen mit demselben Forscher abgeschlossen werden müssen?

Nein, eine Veränderung von Projekthinhalten oder die Änderung der Zielrichtung eines Forschungsprojektes führt nicht zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz oder dazu, dass stets neue Aufnahmevereinbarungen mit demselben Forscher abgeschlossen werden müssen, sofern die dann zugrundeliegende Tätigkeit dem in der Forscherrichtlinie und in der Aufenthaltsverordnung definierten Begriff der Forschung entspricht.

Unter welchen Voraussetzungen kann der Aufenthaltstitel eines „Forschers“ widerrufen werden?

Eine nach § 20 Aufenthaltsgesetz erteilte Aufenthaltserlaubnis kann widerrufen werden, wenn

- die Forschungseinrichtung, mit welcher der Forscher eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen hat, ihre Anerkennung verliert, sofern er an einer Handlung beteiligt war, die zum Verlust der Anerkennung geführt hat,
- der Forscher bei der Forschungseinrichtung keine Forschung mehr betreibt oder betreiben darf oder
- der Forscher nicht mehr die Voraussetzungen erfüllt, unter denen ihm eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz erteilt werden könnte oder eine Aufnahmevereinbarung mit ihm abgeschlossen werden dürfte.

3. Definition des Begriffes „Forscher“

Können auch Ingenieure und IT-Fachkräfte einen Aufenthaltstitel nach § 20 Aufenthaltsgesetz bekommen?

Ja. Gemäß § 38f Abs. 2 Nr. 2 der Aufenthaltsverordnung (AufenthV) wird als persönliche Voraussetzung für Forscher verlangt, dass diese für die Durchführung des Forschungsvorhabens geeignet und befähigt sind und über den in der Regel hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügen, der Zugang zu Doktoratsprogrammen ermöglicht.

Diese Regelungen erlauben es, auch Ingenieure und IT-Fachkräfte nach dem neuen Verfahren zuzulassen, soweit sie über den geforderten Hochschulabschluss verfügen, und im Rahmen von Forschungsvorhaben in Forschung und Entwicklung eingesetzt werden sollen.

Sind die Regelungen auch auf „Forscher“ anwendbar, die neben ihrer Forschungstätigkeit promovieren?

Ja. Promovierende, die ihre Dissertation im Rahmen einer Forschungstätigkeit erstellen, für die mit einer Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wurde, fallen in den Anwendungsbereich der Forscherrichtlinie und können einen Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz erhalten.

Kann auch ein Stipendiat einen Aufenthaltstitel für „Forscher“ bekommen?

Ja, auch ein Vollstipendiat kann einen Aufenthaltstitel für Forscher nach § 20 Aufenthaltsgesetz erhalten, sofern ihm der geforderte Mindestbetrag zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung steht.

Welche Personenkreise können keinen Aufenthaltstitel für „Forscher“ bekommen?

Personen,

- die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder auf Gewährung subsidiären Schutzes im Sinne der Richtlinie 2004/83/EG gestellt haben,
- die sich im Rahmen einer Regelung zum vorübergehenden Schutz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union aufhalten,
- deren Abschiebung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ausgesetzt wurde,
- deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums (im Rahmen eines Vollstudiums als Haupttätigkeit) ist oder
- die von einer Forschungseinrichtung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union an eine deutsche Forschungseinrichtung als Arbeitnehmer entsandt werden,

können keinen Aufenthaltstitel zum Zweck der Forschung nach § 20 Aufenthaltsgesetz erhalten.

4. Einreise und Aufenthalt

Kann der Aufenthaltstitel für „Forscher“ auch aus dem Ausland beantragt werden?

Ja, Forscher aus Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland arbeiten wollen, benötigen grundsätzlich vor ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ein Visum. Zuständig für dessen Erteilung ist die Auslandsvertretung (Botschaft/Generalkonsulat) der Bundesrepublik Deutschland, in deren Amtsbezirk der Forscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt bzw. Wohnsitz hat. Das Visumantragsformular erhalten Sie kostenlos von der jeweiligen Auslandsvertretung. Die Formulare können auch von der Website des Auswärtigen Amtes herunter geladen werden (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/EinreiseUndAufenthalt/Visabestimmungen.html>).

Staatsangehörige bestimmter Staaten (vgl. die in der verlinkten Liste mit „**“ gekennzeichneten Staaten: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/EinreiseUndAufenthalt/StaatenlisteVisumpflicht.html>) können den erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen.

Weshalb muss ein „Forscher“ eine Aufnahmevereinbarung mit einer anerkannten Forschungseinrichtung abschließen?

In dem besonderen Zulassungsverfahren wird die Expertise der Forschungseinrichtungen genutzt, da diese am besten dazu geeignet sind, die fachliche Qualifikation eines Forschers und den Bedarf an ausländischen Forschern festzustellen. Der Abschluss einer Aufnahmevereinbarung ist erforderlich, um einen Aufenthaltstitel in dem besonderen und damit beschleunigten Verfahren nach § 20 Aufenthaltsgesetz zu erhalten.

Welche Unterlagen sind bei der Beantragung des Aufenthaltstitels für „Forscher“ vorzulegen?

Vorzulegen ist die mit der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Forschungseinrichtung abgeschlossene Aufnahmevereinbarung und eine Kostenübernahmeerklärung. Die Erklärung ist nur dann erforderlich, wenn die Forschungseinrichtung nicht überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und eine allgemeine Kostenübernahmeerklärung für alle ausländischen Forscher gegenüber dem Bundesamt bislang nicht abgegeben hat oder kein besonderes öffentliches Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens besteht.

Bitte fragen Sie bei der zuständigen Auslandsvertretung bzw. Ausländerbehörde nach, welche weiteren Unterlagen im Einzelfall noch vorgelegt werden müssen.

Für welchen Zeitraum kann die Aufenthaltserlaubnis für „Forscher“ erteilt werden?

Die Aufenthaltserlaubnis wird für mindestens ein Jahr erteilt. Wenn das Forschungsvorhaben in einem kürzeren Zeitraum durchgeführt wird, wird die Aufenthaltserlaubnis auf die Dauer des Forschungsvorhabens befristet.

Kann die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden?

Ja, auf die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis finden dieselben Vorschriften Anwendung wie auf die Erteilung.

Fallen im Zusammenhang mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis Gebühren an?

Ja, für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis mit einer Geltungsdauer von bis zu einem Jahr werden 50 € Gebühren erhoben und für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis mit einer Geltungsdauer von mehr als einem Jahr 60 €

Kann ein „Forscher“ ein Daueraufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland erhalten?

Ja, ist der Forscher im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, kann er bei Erfüllen der Voraussetzungen nach Ablauf von fünf Jahren ein Daueraufenthaltsrecht im Rahmen der Richtlinie 2003/109/EG in Form einer „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ oder die nationale „Niederlassungserlaubnis“ erhalten.

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz (dem Forscher wurde in einem Mitgliedstaat ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Forschung erteilt) ist jedoch auf einen kurzfristigen Aufenthalt ausgelegt und schließt somit die Möglichkeit eines Daueraufenthaltsrechts aus.

Kann ein Forscher, der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Aufenthaltstitel nach der Forscherrichtlinie erhalten hat, Teile eines Forschungsvorhabens auch in der Bundesrepublik Deutschland durchführen?

Ja. Ein Forscher, der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Forschung nach der Richtlinie 2005/71/EG (Forscherrichtlinie) besitzt, ist zur Durchführung von Teilen des Forschungsvorhabens im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Visum zu erteilen.

Kann ein „Forscher“ auch Teile eines Forschungsvorhabens in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchführen?

Ja, ein Forscher, der in der Bundesrepublik Deutschland einen Aufenthaltstitel nach § 20 Aufenthaltsgesetz besitzt, darf Teile des Forschungsvorhabens auch in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union durchführen (Ausnahmen: Vereinigtes Königreich und Dänemark).

Dürfen „Forscher“ neben ihrer Forschungstätigkeit arbeiten?

Ja. Die Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre.

Darf der Ehegatte eines „Forschers“ arbeiten?

Ja, der Ehegatte eines Forschers ist zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt, wenn die Bundesagentur für Arbeit überprüft hat, dass er nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird und die Zustimmung erteilt hat. Eine Prüfung, ob andere Arbeitnehmer einen bevorrechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, findet nicht statt.

Muss der Ehegatte eines „Forschers“ deutsche Sprachkenntnisse nachweisen?

Nein, der Ehegatte eines Forschers mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz muss (im Gegensatz zu einem Forscher der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Aufenthaltsgesetz in Verbindung mit § 5 Beschäftigungsverordnung besitzt) keine deutschen Sprachkenntnisse nachweisen, wenn die Ehe bereits bestand, als der Forscher seinen Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegt hat.